

Der sozialdemokratische Parteitag.

Ausklänge.

← Würzburg, 19. Okt. (Telegr.)

Jädel (Berlin) widerspricht dem, was Dr. Benig über die Notwendigkeit von Kolonien gesagt hat, und meint, man könne heute noch nicht zur kolonialen Frage Stellung nehmen. Er bezeichnet es dann als schreiendes Unrecht, die Arbeiter nicht sofort nach Schluß des Krieges heimkehren zu lassen, auch wenn von einzelnen Industrieen große Massen, z. B. 300 000 Textilarbeiter im Heere stehen. Wir haben als Partei nicht immer rein volkswirtschaftliche Interessen gegenüber den Arbeiterinteressen zu vertreten. Der Staat muß eben, nachdem er schon so viele Milliarden aufgebracht hat, auch noch die Beute unterstehen, die nicht sofort Arbeit finden. Die Gemeinden müßten Notstandsarbeiten vorsehen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Berichterstatter Bissell bemerkt in seinem Schlußwort, daß man als Abschlagszahlung die Beschlüsse des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik zugunsten des Frauenschutzes annehme. Wenn befürchtet werde, daß die sofortige Entlassung der Kriegsteilnehmer nach dem Krieg zu einem verhängnisvollen Lohndruck führen werde, so sei darauf hinzuweisen, daß nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch der Ausschuß für Gewerbe- und Wirtschaftsweisen einstimmig beschlossen habe. Schon aus psychologischen Gründen könne den Feldgrauen nicht zugemutet werden, länger draußen zu bleiben als es aus militärischen Gründen notwendig ist. Der Heeresdienst als soziale Maßnahme wäre etwas ganz Neues, in diesem Falle ohnebess nicht. Darüber vergehen schon aus technischen Gründen Wochen und Monate. Für die Übergangszeit muß Beschäftigung durch Staats- und Gemeindebauten geschaffen werden.

Der zweite Berichterstatter Cunow führt u. a. aus: Die wirtschaftliche Revolution ist da, aber nicht durch Zusammenbruch des Kapitalismus, wie wir früher immer gedacht haben. Wir stehen vor einem Sieg des sozialistischen Organisationsprinzips. Mit dem Wirtschaftskrieg nach dem Frieden müssen wir rechnen. England hat seine Vorbereitungen bereits mit den Beschlüssen der Handelskammerauschüsse in London und Liverpool planmäßig begonnen. Die gesamten wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen überweisen wir am besten einem Ausschuss. Durch die englischen Maßnahmen erhalten die kolonialen Fragen ein neues Gesicht. England will sich die gesamten Rohstoffvorräte sichern. Eine gewisse Rücksichtnahme auf die Wirtschaftslage bei der Entlassung der Feldgrauen ist allerdings begründet. Wenn auch die Krieger die Stunden zählen werden, nach Beginn der Friedensverhandlungen nach Hause zu kommen, so wollen wir sie doch nicht ins Elend werfen. Der Ausschuss, der einzusehen ist, könnte zugleich die Programmrevision in die Wege leiten. Die früheren Illusionen sind vernichtet. Sobald wir festen Boden haben, müssen wir eine neue Formulierung finden.

Das allgemeine Schlußwort hierzu spricht der Parteiführer Scheidemann, das wir bereits besonders wiedergegeben haben.

Eine Entschließung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik wird der Reichstagsfraktion als Material zu den kommenden Beratungen überwiehen.

Dem Parteitag ist ferner ein Antrag zugegangen, der Einspruch dagegen erhebt, daß ohne Befragen der Gesehzgebung eine Erhöhung der Fahrpreise für Eis- und Schnellzüge vorgenommen worden sei. Dadurch würde der ohnehin überlastete Lokalbahnverkehr weiter erschwert. Die aus gewerblichen Gründen diese Züge benutzenden Reisenden könnten darauf nicht verzichten, aber sie würden eine Abwälzung der Erhöhung versuchen. Dagegen würden diejenigen, die zum Heeresdienst eingezogene Angehörige besuchen wollten, in Hunderttausenden von Fällen aufs schärfste betroffen. Die angeblich bezweckte Unterbindung der Schleierverjorgung werde nur für Minderbemittelte erreicht. Die parlamentarischen Vertreter der Partei sollten daher auf schleunigste Aufhebung hinwirken. Der Einspruch wird einstimmig angenommen.

Darauf wird in die Besprechung der Nahrungsmittelfragen eingetreten, die mangels eines dazu vorliegenden Berichtes ziemlich uferlos einige Stunden lang dahinstreckt. Eine Rednerin bespricht z. B. die Verhältnisse in Sachsen. Ein Redner meint, daß es in Bayern ganz anders bestellt sei als man in Norddeutschland annehme. (Widerspruch.) „Sie meinen wohl, in ein Land zu kommen, wo Milch und Honig fließt?“ (Wohlfühler sehr richtig und Stimmt auch!) Der Redner sucht dann nachzuweisen, daß auch bezüglich der Art der Lebensmittelversorgung in Bayern Klagen vorzubringen sind. Eine Rednerin behandelt die Massenpreisungsfrage, die sehr verbessert werden müßte, da sie meist den Stempel der Wohlthätigkeit trage. Auch die Quantität und Qualität entspreche nicht den Preisen, und die Preise nicht den Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Zu der Wahlrechtsfrage ist inzwischen die von Scheidemann schon angekündigte Entschließung eingegangen; sie hat folgenden Wortlaut: „Nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges ist für Klassenwahlrechte in Preußen kein Raum mehr. Ein halbes Jahr ist seit der Osterhochzeit des Königs von Preußen vergangen, und noch immer besteht das elendeste aller Wahlssysteme, das Dreiklassenwahlrecht. Bogen seine Ersetzung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wegen die Reaktionen nicht mehr offen anzutreten. Sie versuchen vielmehr die dringend notwendige Reform durch unehrliche Verschleppungsmanöver zu vereiteln. Das arbeitende Volk kann die ungeheuren Opfer, welche die Verteidigung Deutschlands von ihm mehr als von jeder andern Klasse der Gesellschaft verlangt, nur bringen, wenn ihm schnellstens die volle politische Gleichberechtigung gewährt wird. Die Erfüllung dieser Forderung verträgt keinen Aufschub. Jeder Versuch einer weiteren Verschleppung gefährdet die Widerstandskraft Deutschlands und bildet ein Hindernis für einen baldigen Frieden. Die sozialistische Partei, Vertreterin des arbeitenden Volkes Deutschlands, erhebt, zugleich im Namen der Tapfern an der Front, flammenden Protest gegen deren Erhaltung in Rechtlosigkeit durch ein von allen Parteien preisgegebenes Wahlrecht und fordert mit Nachdruck ungezügelter Einführung eines wirklich freien demokratischen Wahlrechts in Preußen. Sie ist entschlossen, alle Kraft anzuwenden, um ein solches Wahlrecht noch während der Dauer des Krieges durchzusetzen.“

Diese Entschließung findet einstimmige Annahme. Ferner wird ein Antrag zur Lebensmittelversorgung, Robert Schmidt und Otto Braun, einstimmig angenommen. Darauf wird das Ergebnis der Wahlen verkündet. Die vorgeschlagene Liste zum Parteivorstand: Ebert und Scheidemann als Vorsitzende, Otto Braun als Kassierer, Bartels, Moßkubur, Hermann Müller, Pfannkuch und Marie Juchacz als Schriftführer und Eugen Ernst sowie Otto Wels als Beisitzer wird mit 316 bis 311 Stimmen von 326 abgegebenen Stimmen angenommen. Zur Kontrollkommission werden folgende Genossen gewählt: Brühne (Frankfurt), Breg (Hannover), Gradnauer (Dresden), Timm (München), Grünwaldt (Hamburg), Fischer (Stuttgart), Adbe (Breslau), Arbeitervertreter Müller (Niederbarnim) und Hengsbach (Köln), und zwar mit 290 bis 133 von 317 gültigen Stimmen. Von den in der Minderheit Gebliebenen hat der Führer der Opposition, Hoch (Hannover), 58 Stimmen erhalten. Schließlich wurde noch die Abfassung eines Begrüßungstelegramms an den Österreichischen Parteitag beschlossen, in dem zum Schluß aufgefordert wird, an der Wiederaufrichtung der Internationalen gemeinsam zu arbeiten. Der Vorsitzende Ebert gedenkt, während der Parteitag sich von den Eisen erhebt, der 17 Opfer eines Grubenunglücks im rheinisch-westfälischen Bezirk und der Kinder aus dem Westen, die bei dem Eisenbahnunglück ums Leben gekommen sind. Es wird noch eine Erklärung Hütmanns zum Frankfurter Pressestreit verlesen. Dann wird die Versammlung bis Samstag zur Schlußprüfung vertagt.